

Verleger: In Wien bei Leopold K. S. N. P. 1874.

Posener Zeitung.

Annahme-Bureau: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Nr. 395.

Mittwoch, 10. Juni. (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Gr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum.

1874.

Amliches.

Berlin, 9. Juni. Der König hat die bisherigen Titular-Forsstermeister Weber und Gundel zu Kassel, Seidensticker zu Frankfurt a. D., Erd zu Uslar, Provinz Hannover, Meier zu Koblenz, Bächter zu Danzig und Rehfeldt zu Stettin zu Forstmeistern mit dem Range der Regierungsräthe und die bisherigen Oberförster Kaiser zu Welschnau-dorf, im Regierungsbezirk Wiesbaden, Fred zu Börnich, Regierungsbezirk Frankfurt a. D. und Schließmann zu Altenbeden, Regierungsbezirk Minden, zu Forstmeisterern ernannt.

Der Forstmeister Kaiser hat die Forstmeisterstelle Kassel-Alendorf, der Forstmeister Fred die Forstmeisterstelle Koblenz-Westerwald und der Forstmeister Schließmann die Forstmeisterstelle Marienwerder-Deutsch-Krone erhalten.

Der bisherige Schleswig-holsteinische Chaussee-Distrikts-Aufscher Langfeldt zu Hoyerwerda im Regierungsbezirk Riegenitz ist als k. Kreisbaumeister dafelbst angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 9. Juni. Das Vereinigungsverfahren, welches wegen der einander gegenüberstehenden Beschlüsse beider Kammern über den Ludwigschen Antrag betreffs Verklärung des Unfehlbarkeitsdogmas von der katholischen Kanzel nach Maßgabe der Verfassung eingeleitet worden war, ist erfolglos gewesen.

Die hiesige Kreisdirektion hat, wie das „Dresdener Journal“ meldet, auf den Refus, welchen die von der Polizei ausgewiesenen Redakteure der „Dresdener Presse“, Doehn und Neumann, gegen den bezüglichlichen Ausweisungsbefehl erhoben hatten, entschieden, daß die gedachten Personen an ihrem ferneren Aufenthalte in Dresden nicht behindert werden sollen.

Brüssel, 9. Juni. Das Endergebnis der Ergänzungswahlen für die Kammern ist jetzt vollständig bekannt. Die Liberalen haben darnach im Senat einen Sitz für Thuin und zwei für Charleroi gewonnen, dagegen einen für Gent verloren. Die bisherige liberale Majorität im Senat, welche 8 Stimmen betrug, ist auf 4 reduziert. In der Deputiertenkammer sind in Verdiers und in Charleroi je zwei liberale Vertreter an Stelle der bisherigen konservativen Mitglieder gewählt worden. Die bis dahin in der Deputiertenkammer bestehende konservative Majorität von 22 Stimmen ist durch den Ausfall der Wahlen auf 14 Stimmen herabgemindert.

Bern, 9. Juni. Der Ständerath genehmigte in seiner heutigen Sitzung bei der Beratung des Bundesgesetzes betreffend die Bundesrechtspflege den Antrag des Bundesraths, daß der Amtssitz des Bundesgerichts nicht gleichzeitig der Sitz der politischen Bundesbehörde sein solle. Der Sitz des Bundesgerichts darf daher nicht nach Bern verlegt werden.

Lissabon, 9. Juni. Die demokratische Partei hat dem ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Castelar, der seit dem 2. d. hierherweilt, verschiedentliche Obationen bereitet. Bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Banket sprach sich Castelar in einer längeren Rede für ein stetes gutes Einvernehmen zwischen Portugal und Spanien aus und äußerte die wärmsten Wünsche für ein zunehmendes Gedeihen der beiden Länder.

London, 9. Juni. Nach einem der „Times“ aus Madrid vom 7. Juni zugegangenen Telegramm hat der neuernannte Finanzminister dem Vertreter des londoner Vereins von Inhabern ausländischer Fonds die Versicherung ertheilt, daß das zur Bezahlung der verfallenen Coupons vom früheren Ministerium abgeschlossene Uebereinkommen auf das Ehrenhafteste gehalten werden soll. Der Finanzminister hat gleichzeitig das Gerücht, welches ihm die Absicht unterstellt, er wolle die Ausführung des in Rede stehenden Kontraktes von der vorherigen Einwilligung des Vereins zur Herabsetzung der künftig fälligen werdenden Coupons abhängig machen, für durchaus unwahr erklärt.

Bukarest, 9. Juni. Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung das Gesetz über die Eisenbahnanschlüsse nach lebhafter Debatte mit 32 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Kammer hat die Beratung der Gesetzesvorlage über die Anleihe von 27 Millionen begonnen.

Der internationale Kongress

für das Kriegsvölkerrecht hat bekanntlich in erster Linie die Aufgabe, gemeinsame Grundsätze für die Behandlung der Kriegsgefangenen aufzustellen.

Die Thatsache, daß im letzten Kriege so häufig Deutsche Postillone, Fuhrleute und andere Privatpersonen in Frankreich auf menschenwürdiger Weise ums Leben gebracht worden, hat eigentlich die Idee dieses Kongresses anregt. Die Regierungen fast sämtlicher Großmächte, die Russische und die Deutsche obenan, halten es für eine unabweisbare Nothwendigkeit und Pflicht der Humanität, daß gegen solche bestialische Treiben, gegen solche Anomalie der Kriegsführung, welche im schneidendsten Widerspruche mit selbst den niedrigsten Graden der Humanität und des Billigkeitsgefühls stehen, für die Zukunft ein internationaler Schutz geschaffen und das besonders die Bestimmungen verschiedener Armeen-Gesetze, mit welchen man derartige Grausamkeiten zu rechtfertigen in Verbindung bringen könnte, auf Grund gegenseitiger Einkommen für alle Zeiten aufgehoben werden. Das unter Napoleon I. ernannte, noch jetzt in Kraft stehende französische Kriegs-Gesetz bestimmt z. B. für jeden ergriffenen Brigand, d. h. nicht uniformirten Gefangenen die Kugel, wie auch jeder Gefangene, der sich zu raubwürdigen verhalten hat, oder zum zweiten Male ergriffen wird, und jeder Einwohner eines occupirten Landes, gegen den auch nur der geringste Verdacht vorliegt, friedliches Eigenthum verborgen und gereizt, oder einem Gefangenen zur Flucht verholfen zu haben, erschossen werden

soil. In allen französischen Kriegen seit dem Jahre 1806 ist dieses verabscheuungswürdige Blutgefetz zur Anwendung gekommen. Man werfe nur einen Blick zurück auf die französische Kriegsführung in Spanien, Algier und Mexico, und denke vollends an die gefangenen russischen Bauern (1812), an das Blutgericht in Lüneburg und an die aufständischen Hannoveraner (1813). Es würde das grausame Verfahren dieses Gesetzes, welches auch auf andere Nationen übergegangen, in großem Maßstabe auch an Deutschen verübt worden sein, wenn Deutschland von der Invasion französischer Truppen heimgesucht worden wäre.

Ferner wird sich der Kongress mit der Frage wegen Anwendung von Sprenggeschossen beschäftigen. Die „Voss. Ztg.“ erfährt darüber aus „hohen militärischen Kreisen“:

Schon im Jahre 1868 machte der russische Kaiser den Vorschlag, eine gewisse Art von Sprengkugeln mit dem völkerrechtlichen Banne zu belegen. Veranlassung dazu gaben zwei dem Kriegsministerium in Petersburg vorgelegte Geschosse von furchtbarer Wirkung, nämlich eine mit Gift und Sprengstoffen gefüllte Gewehrflugel, die, wenn sie in dem Körper eines Menschen oder eines Pferdes eindringt, plagt und solche Stoffe um sich verbreitet, daß an eine Genesung des verwundenen Körpers nicht mehr zu denken ist, und eine gleichfalls für das Gewehr bestimmte Kugel, die aber nur auf harte Gegenstände berechnet ist. Als dem Kaiser von Rußland diese Erfindungen vorgelegt wurden, ließ er die europäischen Mächte ersehen, zur Herbeiführung eines völkerrechtlichen Verbots dieser Waffen die Hand zu bieten. Die preussische Regierung ging damals sofort auf die menschenfreundlichen Absichten des Kaisers ein, gab aber sogleich zu bedenken, daß es bei der ungemein großen Zahl militärischer Erfindungen zeitgemäß wäre, die Unternehmung nicht auf einen Punkt zu beschränken, sondern eine von den verschiedenen Staaten beschiede militärische Kommission in St. Petersburg zusammentreten zu lassen, welche die Kriegsführung resp. die Geschosse im Allgemeinen zum Gegenstande ihrer Verhandlungen zu machen habe. Dieser Vorschlag wurde damals acceptirt; allein es scheint bei den Verhandlungen der militärischen Kommission nicht viel herausgekommen zu sein. Wie wenigstens versichert wird, erstreckt sich das in der Petersburger Konvention vereinbarte Verbot nur auf eine gewisse Art von Explosionsgeschossen, welche ohnehin selten Verwendung haben. Es sind auch heute noch in sehr vielen, ja fast allen Armeen die sog. Explosions- und Brandpatronen für Handfeuerwaffen in Gebrauch, wovon die ersteren vorzugsweise zur Herbeiführung der Explosion von in den Schußbereich der Infanterie getretenen feindlichen Munitionswagen, also wider im Feuer befindliche feindliche Batterien, die letzteren zur Entzündung von Baulichkeiten benutzt werden.

Der „Nat.-Ztg.“ zufolge hält man in den berliner leitenden Kreisen das Zustandekommen des Kongresses zwar für gesichert, dagegen giebt man sich bezüglich der zu erzielenden Resultate keinen glänzenden Erwartungen hin, ja man hat nach mehreren Richtungen, mit aller Vorsicht zwar, aber doch mit Entschiedenheit, Schritte gethan, um vor Illusionen zu warnen. Die genannte Zeitung schreibt dazu:

Wenn Derartiges von hier (Berlin) aus betrieben worden ist, so läßt sich annehmen, daß man sich dabei auf die reichen Erfahrungen aus dem letzten Kriege gestützt hat, in welchem man sich nur zu oft vor ungeahnten und überraschenden Auslegungen der völkerrechtlichen Fragen befinden hat. Es ist bekannt, daß gleich nach Beendigung des Krieges von oben herab die Anordnung ergangen war, sämtliche auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsführung und der Kriegsgelände gemachten Erfahrungen zusammenzustellen und Vorschläge zu Verbesserungen zu machen, wo solche irgendwie als wünschenswerth sich gezeigt haben möchten. Es ist auf diese Weise ein ungemein umfangreiches Material gewonnen worden, dessen Prüfung und Sichtung man noch nicht abgeschlossen hat. Diese Arbeiten werden auf dem brüsseler Kongress vermutlich eine sehr große Rolle spielen und derselbe könnte dadurch eine unverhoffte Bedeutung gewinnen, daß durch seine Verhandlungen viele Behauptungen in das rechte Licht träten, welche während des letzten Krieges in schreiendstem Unrecht den Deutschen über die Behandlung der Gefangenen und Verwundeten der Feinde zum Vorwurf gemacht worden waren. Hierin ist der Grund zu erblicken, aus welchem man hier (Berlin) dem Vorschlage des Kaisers von Rußland mit ganz besonderer Gemüthsruhe zugestimmt, aber auch gleichzeitig für nothwendig erachtet hat, darauf hinzuweisen, daß vor Allem die Basis der Verständigung zu gewinnen und von dieser aus erst ein Plan zu entwerfen sei, um für die Zukunft wenigstens vor vieldeutigen Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts gesichert zu sein.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 9. Juni.

BAC. (Die evangelischen Kreissynoden.) In den östlichen Provinzen der preussischen Monarchie werden, wie ein Erlaß des Oberkirchenrathes an die Konsistorien bestimmt, im Laufe des Monats Juni auf zwei Tage zusammenzutreten. Es handelt sich für dieselben darum, die Wahlen von Abgeordneten für die Provinzialsynoden zu vollziehen, die demnächst zusammentreten sollen, und außerdem sich gutachtlich darüber zu äußern, welche Abänderungen der bestehenden Kirchenordnungen nach dem Erlaß des Gesetzes über die Zivilehe ihnen erforderlich scheinen. Es wird in dem Erlasse des Oberkirchenrathes nicht nur für unzweckmäßig, sondern auch für unstatthaft erklärt, die Gelegenheit der Kreissynoden zu Erklärungen oder Verhandlungen über Bekenntnißstand und Union zu benutzen, indem diese Dinge durch die neue kirchliche Ordnung gar nicht berührt würden. Der Erlaß ermahnt zu einer vorurtheilslosen Auffassung der Lage, worin sich die evangelische Landeskirche gegenwärtig befinde, und spricht von obwaltenden Mißverständnissen, welche beseitigt, und von einem gewissen vorbereiteten Mißtrauen, welches überwunden werden müsse. Alle diejenigen, welche für eine ruhige Entwicklung der Angelegenheiten der evangelischen Landeskirche ein Herz beizugeben, werden durch den Erlaß des Oberkirchenrathes sich wohlthunend berührt fühlen; Mißbehagen werden dabei nur die kleinen Kreise empfinden, in welchen bisher, so zu sagen, das kirchliche Wetter gemacht wurde. Wer persönlich die Schwierigkeiten kennen gelernt hat, welche von Seiten zelotischer Pastoren in vielen Gemeinden bei den letzten Kirchenwahlen denjenigen Männern in den Weg gelegt wurden, die auf eine rege Btheiligung

der Gemeindeglieder bei den Wahlen hinwirkten, der wird uns zu geben, daß eine eifrige Hingebung an kirchliche Angelegenheiten dazu gehört hat, um sich durch diese Schwierigkeiten nicht von der Wiederbelebung kirchlichen Sinnes unter den Gemeindegliedern abschrecken zu lassen. Die Zahl derjenigen Gemeindeglieder, welche das Wahlrecht ausübten, ist in den meisten Gemeinden keine große gewesen, was anders aber trägt die Schuld daran, als diejenige Richtung unfres Pastorenthums, welche die Mitwirkung des Laienelements in kirchlichen Angelegenheiten auf eine leere Form herabzudrücken lange Jahre hindurch beflissen gewesen ist. Die Wiederbelebung des Sinnes für kirchliche Dinge unter solchen Gemeindegliedern, welche den Frieden ihres Hauses gegen die Berührung mit einem hochmüthigen und unduldsamen Pastorenthum abschließen zu müssen glaubten, kann gewiß nur der evangelischen Kirche selber zu Gute kommen, die doch ihrem Wesen nach auf der lebendigen Theilnahme der Gemeindeglieder an ihren Angelegenheiten, den äußeren wie den inneren, beruht. Sollte trotz der abmahnenden Worte des Oberkirchenrathes der Versuch gemacht werden, in den Kreissynoden Streitigkeiten über Glaubensfragen anzuregen, so werden diejenigen, welche eine so unzeitgemäße und unstatthafte Polemik veranlassen, gebührend in die Schranken zu weisen sein; vor Allem haben die „Liberalen“ Mitglieder der Kreissynoden jedes Glaubens-Eramen, welches etwa untre „Orthodoxen“ mit ihnen anzustellen sich unterfangen möchten, als ganz unangehörig abzuzertigen.

Was die mit der Zivilehe zusammenhängende Frage betrifft, so ist das betr. Gesetz im Zusammenhalte mit § 337 des Strafgesetzbuchs so klar, daß keine Interpretationskunst daraus die Statthaftheit einer kirchlichen Trauung vor dem bürgerlichen Abschluß der Ehe herauszubeknren vermag, es wird einfach einer Verlesung der betreffenden Stellen bedürfen, um den konfliktlustigen Pastoren die Ueberzeugung heizubringen, daß sie nur die Wahl haben, sich dem Gesetz zu fügen, oder wider dasselbe zu verstoßen und dann die Folgen dessen über sich ergehen zu lassen.

Der betreffende § 337 des Strafgesetzbuchs lautet:

„§ 337. Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet, bevor ihm nachgewiesen worden ist, daß eine Heirathsurkunde von dem Personenstandsbeamten aufgenommen sei, wird, wenn zur bürgerlichen Gültigkeit der Ehe die Aufnahme einer Heirathsurkunde erforderlich ist, mit Geldstrafe bis zu einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.“

Die Aufforderung des berliner Magistrats zum Anschluß an eine, dem königlichen Staatsministerium zu unterbreitende Petition um Ueberlassung der Gebäudesteuer an die Kommunen hat das Resultat gehabt, daß eine überaus große Anzahl von Städten der Petition beigetreten sind, auf deren Bescheidung man gespannt ist.

Die Ultramontanen halten das Volk während der ruhigen Saison durch Reisprediger in Aufregung. Am Sonntag hat sich Majunke seinen Wählern in Trier in einer großen Volksversammlung vorgestellt, wobei er zu heftigen Szenen gekommen zu sein scheint. Die Volksversammlung ist aufgelöst worden, wie Majunke der „Germania“ telegraphirt, weil er gesagt habe, Bismard sei ein sterblicher Mensch. Seine Worte aber werden wohl etwas anders gelaunt haben. In der Nummer der „Germ.“ von demselben Tage finden wir den Gedanken, den Majunke dort wohl weiter ausgeführt hat; nämlich, daß der ganze kirchliche Streit nur auf der Persönlichkeit Bismards beruhe, daß mit Bismards Tode also die Katholiken wieder obenau kommen. Dann läßt die „Germania“ durchblicken, daß Bismards Tod bald zu erwarten sei, daß er an Dualen leide, die „in's Hirn geschrieben“, daß sein Herz bedrückt sei von einer „giftigen Last“, u. s. w. in Prosa und Versen. Die gläubigen Leser denken sich darunter dann allerlei Böses und das wird ja wohl auch beachtigt. Diese Dinge wird Majunke wohl vor seinen Wählern noch deutlicher ausgemalen haben, und daß er ein geschickter Jongleur ist, zeigt sein Telegramm an die „Germ.“. Denn — so sollen die Leser schließen — ist es nicht erlaubt, Bismard einen sterblichen Menschen zu nennen, so verlangt die Regierung, daß derselbe Gott gleichgestellt werde. Wir würden uns wundern, wenn wir in den nächsten Tagen einer solchen Ausführung nicht begegneten.

Die „N. A. Z.“ widmet der Umwandlung der Justizverfassung im deutschen Reiche einen längeren Artikel, aus dem hervorgeht, daß es noch immer nicht überflüssig ist, die partienaristische Strömung auch auf diesem Felde zu bekämpfen. Das officielle Blatt hebt hervor, daß das preussische Prozesswesen auf wesentlich anderen Grundlagen beruht, als das der andern Bundesstaaten, daß unsere Prozessordnung ein Flickwerk ist und unsere Gerichtsverfassung den Richter mit Aufgaben belastet, die gar nicht seines Amtes sind. Ueber die projectirte Justizreform theilt das Blatt Folgendes als leitende Grundsätze mit:

„Durch die neue Prozessordnung soll der Richter seinem wahren Beruf — dem des Rechtsprechens — und diesem allein zurückgegeben werden, während die prozessualische Thätigkeit der Advocatur, welche von dem Notariat gesondert wird, zufällt und die Führung der Grundbücher, so wie das Vormundschaftswesen an besondere Behörden übergeht. Die neue Criminal-Prozessordnung, welche die Streitfrage wegen der größeren Vorrücklichkeit der Geschworenen- oder des Schöffengerichte zu Gunsten der ersteren entschieden hat, wird u. a. die Beschleunigung, in welche der Angeklagte durch Beschränkung der Rechtsmittel versetzt worden ist, beseitigen und die Kompetenz der Staatsanwaltschaft erweitern. Die Gerichts-Verfassung aber wird eine oberste Instanz für ganz Deutschland schaffen, und dadurch den Einfluß auf die Fortbildung des Rechtes üben, welcher durch Präjudicate wissenschaftlich und praktisch ausgeübt wird.“

**Königsberg, 9. Juni.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung ist die Magistratsvorlage in Betreff der Kom m u n a l s t e u e r e r f o r m nach Empfehlung durch den Referenten ohne Debatte an g e n o m m e n. Schon früher ist mitgeteilt, daß der Magistrat vorge schlagen hatte, den Ausfall an der M a h l - und Schlachtfleischsteuer durch einen Zuschlag zur Kommunaleinkommensteuer zu erheben. Letztere soll fortan nicht nach einer besonderen Einkünfte- und Stala (sie sind bisher mit 1 pCt. bei 100 bis 150 Thlr. Einkommen an und steigt bis 4 1/2 pCt. bei den höchsten Einkommen), sondern durch einfachen Zuschlag zur Klassen- und klassifirten Einkommensteuer erhoben werden. Die Kommunalverwaltung wird nach dem Aufgestell des Magistrats, von 1875 ab 380 bis 400,000 Thlr. gebrauchten. Diese werden aufkommen, wenn man ca. 20 Prozent zur Klassen- und klassifirten Einkommensteuer zuzuschlägt, welche voraussichtlich unter Berücksichtigung der Abzüge für Offiziere und Beamte in Summa 160,000 Thlr. betragen. Hinzuzurechnen sind die Beträge für die der Kommunalsteuer unterworfenen Aktien-Gesellschaften etc. Der Steuerbetrag, welcher bei 20 pCt. Zuschlag zur Staatseinkommensteuer vom 1. Januar 1875 in Königsberg für die Kommune zur Erhebung kommen wird, beträgt bei einem Einkommen von 40 — 220 Thlr. 2 Thlr. 6 Gr. jährlich, bei 220 bis 300 Thlr. 4 Thlr. 12 Gr., bei 300 — 350 Thlr. 8 Thlr. 24 Gr., bei 350 — 400 Thlr. 11 Thlr., 400 — 450 Thlr. 13 Thlr. 6 Gr. etc., bei 1000 — 1200 Thlr. 66 Thlr. jährlich, bei 1400 — 1600 Thlr. 92 Thlr. 12 Gr. jährlich.

**Wien, 8. Juni.** Daß die österreichischen Bischöfe den kirchlichen Befehlen, so schonend sie auch darin behandelt sind, vollen Gehorsam zollen werden, scheint man nach dem, was aus den übrigens sehr geheimen bischöflichen Konferenzen zu Prag verlautet, nicht mehr annehmen zu dürfen. Der „Oech“, der bekanntlich zum Kardinal Schwarzenberg in einem ähnlichen Verhältnisse steht, wie der „Volksfreund“ zum Kardinal Rauscher, deutet an, daß die böhmischen Bischöfe sich nicht bloß auf eine theoretische Opposition beschränken werden.

„So weit wir uns über die Verhältnisse in Böhmen zu unterrichten vermochten“ — sagt das erwähnte Prager Blatt — „sind die böhmischen Bischöfe nicht gesonnen, freiwillig den Nacken zu beugen, sondern es ist vielmehr von ihrer Seite ein harter Widerstand zu erwarten, welcher der Regierung vielleicht sehr unlieb sein wird. Diese Opposition wird auch tatsächlich in Gestalt des passiven Widerstandes geübt und tritt mit aller Entschiedenheit auf, trotzdem die Regierung alle gesetzlich erlaubten Mittel zur Unterdrückung des Widerstandes ergreift. Schon jetzt nach der Sanktion der Gesetze, geschehen von Seite der böhmischen Ordinariate Änderungen im Klerus, wie früher, ohne daß auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen Rückficht genommen wird. Ebenso werden alle anderen kirchlichen Angelegenheiten ganz wie sonst geleitet, und von einem Uebereinkommen mit der Regierung, von einem Modus vivendi ist gar keine Rede. Es ist allerdings eine mächtige Sache, daß vielleicht ein einzelner Bischof in irgend einem anderen Lande sich nicht strenge an die in der Erklärung der Bischöfe ausgesprochenen Grundsätze wird halten wollen; möglich, daß er, um einen Konflikt mit der Regierung und den Behörden zu vermeiden, sich lieber allen gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen wird. Wenn dies ein Einzelner thut, wird es seiner Privat sache und der Regierung sicher sehr willkommen sein. Aber wir wissen nicht, ob solcher Einzelner Viele sein werden, und es scheint vielmehr, daß es keine große Arbeit sein wird, sie zusammenzuzählen.“

Die feindselige Stimmung läßt sich in diesen Zeiten nicht verkennen, zugleich wird aber auch verrathen, daß die österreichischen Bischöfe nichts weniger als einig sind, und daß sich das Ministerium freuen Das römische Blatt „Fanfulla“ versichert, der Kaiser habe den Gedanken, den König von Italien zu besuchen, nicht aufgegeben, sondern nur wegen augenblicklicher Gespanntheit der Beziehungen zum heiligen Stuhle aufgeschoben. Der Kaiser hoffe, daß bald die Beziehungen derartig gestaltet sein werden, daß der Besuch zu Rom bei König und Papst zugleich thunlich sei. Der als volkswirtschaftlicher Publizist bekannte Redakteur des „Oesterreichischen Oekonomist“, Wilhelm Sommerfeld, hat vorgestern Vormittags in seiner Wohnung seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende gemacht. Ein gegen Sommerfeld angestrenzter und beim hiesigen Landesgerichte durchgeführter Prozeß, „Beuß-Türkenlose“, erregte seinerzeit Aufsehen. Berrüttete Vermögensverhältnisse gab Sommerfeld in einem zurückgelassenen Schreiben als die Motive des Selbstmordes an. Sommerfeld war aus Preußen gebürtig, welches er vor ungefähr 15 Jahren verließ.

**Semmering.** Ueber das Zirkularschreiben, welches der Papst am 13. Mai an den griechisch-unierten Erzbischof Sembratowicz und an die ruthenischen Bischöfe erlassen hat, bringt ein italienisches Blatt nachstehende Betrachtungen:

„Pius IX. ermuntert den Erzbischof und die ruthenischen Bischöfe darin, alle Neuerungen zurückzuweisen, welche die Zivilbehörden in der Liturgie und der kirchlichen Gerichtsbarkeit einführen wollen. Er erklärt den vom Staat eingesetzten Bisthumsverweser von Chelm für einen aufgewungenen Eindringling, eine neue Beleidigung, welche der Vatikan der russischen Regierung ins Gesicht schmeißt und die ihr der beim heiligen Stuhle beglaubigte offizielle Agent Kapnist nicht hat ersparen können. Dieser war bereits auf Befehl der russischen Regierung von Rom abgereist, mußte aber plötzlich wieder zurückkehren, und man sieht jetzt, warum. Der Bisthumsverweser Bopiel hat für gut befunden, die Liturgie in einigen Punkten abzuändern und eine Reihe absurder Gebräuche abzuschaffen, welche zwar das Ansehen und den Reichtum der Geistlichkeit, aber auch die Dummheit und das Elend der Bevölkerung vermehrten. Als sich die benachbarten Bischöfe beim Erzbischof in Lemberg beschwerten, verklagte dieser den Bisthumsverweser von Chelm in Rom, hat aber gleichzeitig den Kaiser von Oesterreich, der damals nach Petersburg reiste, um seine Vermittlung beim Papst zu beantragen, um dessen Zustimmung zu erwirken. Der Kaiser hat nun aus eigenem Antriebe das Zirkularschreiben erlassen, worin er die ruthenischen Bischöfe zum Widerstand gegen die russische Regierung ermuntert. Am meisten ist man im Vatikan gegen den Chelmer Bischof Kuzjemiak aufgebrannt, weil er sich ohne päpstliche Erlaubnis von der russischen Regierung hat verstehen lassen und seinen Stuhl einem Reformator überlassen hat, dessen Grundsätze ihm wohlbekannt waren. Das Inquisitionsgesetz ist beauftragt, über die Ausführung des Chelmer Bischofs Bericht abzustatten, und es wird wahrscheinlich seine Absetzung beantragen. Aber die Vollstreckung dieses Urteilspruches wird auf große Schwierigkeiten stoßen, weil die russische Regierung ihn beschützt und der niedere Klerus ihm anhängt.“

**Paris, 6. Juni.** Die bonapartistische Propaganda wird auf dem platten Lande mit größtem Eifer fortbetrieben, ohne daß die dortigen Behörden derselben hindernd in den Weg träten. Außer den Schriften zu Gunsten des Kaiserreichs vertheilt man jetzt auch zahllose Photographien des kaiserlichen Prinzen. Dabei betheiligen sich auch Deputirte, wie Haentjens, der eine Anzahl der Bilder sein Departement (Sarthe) sandte und jedes einzelne mit folgendem lithographirten Briefe begleitete:

Mein Herr! Wenn man auch die Dienste anerkennt, welche der Marschall Mac Mahon dem Lande leistet, so ist doch Jedermann der Ansicht, daß als endgiltige Regierung das Kaiserreich uns allein retten kann. Ich sende Ihnen einige Exemplare der Portraits dessen, der eines Tages Napoleon IV. sein wird. Geben Sie dieselben in meinem Namen Ihren Freunden, und wenn Sie andere wollen, so können Sie deren von mir verlangen.

A. Haentjens, Deputirter.

Eine andere Art von Propaganda wird mit den für Kinder bestimmten kleinen Fahnen betrieben, auf welchen sich die Worte befinden: „Vive l'Empereur!“ Dieselben werden auf den Wärmärkten unter den Augen der Gendarmen, der Maires und der übrigen Beamten ganz offen gratis vertheilt. In der Somme wurde die Vertheilung eines Liedes mit dem Titel „L'appel au peuple“ verboten. Die Provinzialbehörden, die ohnehin zum großen Theil bonapartistisch sind, wollen, da die Rückkehr des „Empire“ wieder möglich scheint, ihre Zukunft nicht kompromittiren und schreiben daher nur selten gegen die Bonapartisten ein. In den Departements, wo Ersatzwahlen stattfinden sollen, sind die Bonapartisten besonders rührig. Der Herzog von Padua hat sich bereits nach der Seine-et-Oise (er war dort längere Zeit Präfekt) gegeben, um für seine Kandidatur zu wirken.

Das neulich telegraphisch signalisirte Gesetz über die Vervollständigung der Befestigungen an der D f g r a n z e, enthält den Vorschlag der Regierung neue Werke um die Plätze Verdun, Toul, Epinal, im Thale der oberen Mosel, um Belfort, Besançon, Langres, Lyon, Grenoble, im Thale der Isere, in Alverville und Chamouffet und um Briançon zu bauen. Von der Gesamtausgabe, die auf 78 Millionen veranschlagt wird, verlangt der Kriegs-Minister 26 für dieses Jahr.

Das der Theilnahme an der Kommune angeklagte Mitglied der National-Versammlung, Meloil Bloncourt, wurde heute vom Kriegsgericht in contumaciam zum Tode verurtheilt. Derselbe hatte eine Stelle angenommen, als die Kommune Herrin von Paris war. Nachdem dieselbe befestigt war, erhielt er die Nachricht, daß Guadeloupe ihn zum Deputirten ernannt hatte; er nahm in der National-Versammlung seinen Sitz ein; seine Betheiligung an der Kommune kam erst vor etwa einem halben Jahre zur Sprache, als der Kriegs-Minister um die Ermächtigung einkam, den Deputirten verfolgen zu dürfen, der aber die Bewilligung des Gesuches nicht abwartete und sich im Auslande in Sicherheit brachte. — Heute Morgen wurde ein wegen der Ermordung des Polizei-Agenten Vincenzini (derselbe wurde bekanntlich im Monat März vor dem Ausbruch der Kommune auf dem Bastillenplatz von einem wüthenden Volksheulen festgenommen und dann in der Seine ertränkt) verurtheiltes Individuum erschossen. Die Exekution fand in Vincennes statt. Der Verurtheilte — sein Name war Bonnard — zeigte bis zum letzten Augenblick Festigkeit und starb mit den Worten: „Es lebe Frankreich!“

**Paris.** Der jetzige mißselige Schmelzprozeß im parlamentarischen Frankreich, der unseres Erachtens schwerlich die widerstrebenden Zentren in einen festen Guß von gutem Klange verbinden wird, geht, wie sofort klar werden mußte, vom Herzog von Broglie aus, der neue Truppen nötig hat und hoffte, somit Thiers trocken legen und die Majorität des 24. Mai 1874 wieder herstellen zu können. Das linke Zentrum aber hat die Schlinge gemerkt und scharft sich um Thiers, der ihr Programm, das bereits 83 Unterschriften trägt und von uns unter Frankreich mitgetheilt wird, gutgeheißener, wenn nicht gar dasselbe selbst aufgestellt hat. Die Mitglieder des rechten Zentrums, die zu dem Manifeste dieser Fraktion nicht zustimmten, und ihrer sind über 100, verbreiten jetzt, daß Audiffret-Basquier mit seinem nächsten Anhang von 53 Leuten noch nicht das rechte Zentrum sei und daß, wenn das linke Zentrum dieses Häuflein aufnehme, darum nach wie vor das rechte Zentrum mit etwa 110 Mitgliedern fortbestehen werde. Der „Temps“ weist auf den Widerspruch hin, der in dem Programm der 53 liegt: „Frankreich will eine feste Regierung“, daher schlägt man „einen Waffenstillstand“ vor, nach dessen Ablauf der Streit über die beste Regierungsform von Neuem losbrechen soll.

**Versailles, 6. Juni.** [Sitzung der Nationalversammlung.] In der heutigen Sitzung schreitet die Kammer zur Wahl von drei neuen Mitgliedern des Dreißiger-Ausschusses, an Stelle der ausgetretenen Herren Grivart, de Cumand und Tailhand. Gewählt werden in geheimer Abstimmung die Herren von Goulard mit 257, von Refféguiet mit 229, von Ventadour mit 225 Stimmen. Präsident Buffet theilt mit, daß ihm wieder drei Anträge, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes in Brest, im Marine- und Oise-Departement zugestellt worden sind. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über den Antrag des Baron Chaurand, betreffend die Sonntagsheiligung. Herr Chesnelong, Berichterstatter führt aus, daß das bezügliche Gesetz von 1814 nicht abgeschafft, sondern nur in Verfall gerathen ist. Es beeinträchtigt die Gewissensfreiheit keineswegs, untersagt dagegen Alles, was von Außen hindern auf die Sonntagsandacht wirken kann. Im Uebrigen schreibt es Niemand etwas vor. Herr von Pressensé. Das sollte uns noch fehlen! Herr Chesnelong. Ebenjowenig wie die Gewissensfreiheit bedroht das Gesetz die Kultusfreiheit, es zieht nur einer Freiheit Schranken: der Freiheit der Religionsverachtung. (Sehr gut! rechts. — Widerspruch links.) Das Wenigste, was der Staat für die Religion thun kann, ist, daß er ihr Freiheit und Achtung sichert. Die Freiheit ist ein göttliches Recht der Religion, welche als die höchste moralische Kraft, die erste gesellschaftliche Nothwendigkeit. (Sehr gut! sehr gut!) einen Anspruch auf den Schutz des Staates hat. In diesem Sinne hat sich auch Herr von Montalembert ausgesprochen, der sein Leben lang die Religion und die Freiheit verteidigt hat. (Widerspruch und Murren links.) Sie murren, meine Herren, wenn ich von dem Ruhme des Herrn von Montalembert spreche! Herr Henri Brisson. Er saß in der Berathungskommission vom 2. Dezember! Herr Chesnelong. Wenn Sie etwas gegen Herrn v. Montalembert einzuwenden haben so sollt der Rest dieser Versammlung und das Land ihm volle Bewunderung (Beifall rechts.) Herr Henri Brisson. Herr von Montalembert hat nie die Freiheit verteidigt, sondern sie angegriffen und zu tödten gesucht (Rufe rechts: Zur Ordnung!), denn er hat dem Urheber des Dezemberstreuchs gedient. Präsident Buffet: Herr Brisson ich rufe Sie zur Ordnung! (Sehr gut! rechts.) Herr Henri Brisson: Und ich rufe Herrn Chesnelong zur Wahrheit zurück. Präsident Buffet: Wenn Sie nicht schweigen, so werde ich den Ordnungsruf mit Erwähnung im Protokoll an Sie ergehen lassen müssen. Herr Chesnelong: „Wer die Religion nicht schützt“, hat Montalembert gesagt, „beträcht oder unterdrückt sie.“ (Sehr gut! rechts.) „Der Staat, welcher die Grundlage jeder Gesellschaft untergraben läßt wird in den Sturz mit fortgerissen, zu dem er selbst beigetragen hat.“ Herr Mellobal und andere Abgeordnete geben laut ihre Zustimmung zu erkennen. Der Antrag des Baron Chaurand hat eine hohe sittliche Bedeutung: er will allen Bürgern die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ermöglichen und dadurch das gesellschaftliche und das Familienleben veredeln. Die sonntägliche Ruhe ist von Gott eingesetzt, um Leib und Seele zu stärken, und der Staat sollte das Recht nicht haben, ihr Nachdruck zu verschaffen? Er hat für die Arme Bestimmungen getroffen, die er auf seine bürgerlichen Beamten erstrecken kann und soll, denn ihm liegt die Pflicht ob, für ihre Seelen Sorge zu tragen. Der Staat muß sich mit Gott verbinden, wenn er nicht untergehen will, und ich fordere daher die Versammlung auf, den Antrag des Baron Chaurand in Betracht zu ziehen. (Schlußruf.) Präsident Buffet. Herr Boyssset hat das Wort. Herr Boyssset bekämpft den Standpunkt des Vorredners. Das Gesetz von 1814 wurde seit 1832 nur in Ausnahmefällen und in der mildesten Form angewendet, denn es verstieß zu sehr gegen die allgemein gültigen Anschauungen. Erst seit dem 20. Mai v. J. scheinen einzelne Behörden

es wieder ausgegraben zu haben, um ihren despotischen Gelüsten Genüge zu thun, aber die heutigen Verhältnisse widersetzen sich einer ernstlichen Wiederaufnahme desselben. Ein Ruhetag ist allerdings notwendig, und man muß wünschen, daß er in würdiger Weise gebracht werde, aber man kann Niemand vorschreiben, was er innerhalb bestimmter Grenzen zu thun und zu lassen hat. Der Staat hat in dieser Richtung gethan, was ihm oblag: er hat die Arbeitszeit der Kinder in den Fabriken und der Werkleute in den Staatswerkstätten geregelt, mehr konnte er nicht thun. Baron Chaurand verlangt aber mehr: er möchte, daß der Sonntag nach den Vorschriften des Königs von Trient geheiligt würde. Baron Chaurand. Durchaus nicht, Herr Boyssset. Das geht aber heute nicht mehr an, der Staat ist neutral, er bestreitet die Kosten von vier verschiedenen Kulturen und kann Niemand zur Erfüllung religiöser Pflichten zwingen, sondern muß sich darauf beschränken, über die Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung zu wachen. Herr Caillaux, Bauenminister, ertheilt über die Bestimmungen, welche den Unternehmern öffentlicher Arbeiten die Beobachtung der Sonntagsruhe zur Pflicht machen, nähere Aufklärung. Er fügt hinzu, daß er von den Ministern des Krieges und der Marine beauftragt ist, zu erklären, daß in den Staatswerkstätten nur in ganz außerordentlichen Fällen an Sonn- und Festtagen gearbeitet wird. Ebenso sei dafür gefordert, daß in den Bahnhöfen die mit der Versendung der Waaren beschäftigten Angestellten Sonntags abwechselnd einige freie Stunden haben. Vielleicht könnte in dieser Richtung etwas mehr, aber nicht viel mehr gethan werden. Die Regierung widersetzt sich daher im Prinzip der Betrachtung des Antrages nicht, stelle jedoch die ausdrücklichen Reserven, denn sie dürfe die Bedürfnisse des Handels und Verkehrs nicht außer Acht lassen und wolle die Freiheit Aller gewahrt wissen. (Sehr gut. Schlußruf.) Herr Gabriel von Belcastel verlangt im Namen der Frauen und der Familien, daß die strenge Sonntagsheiligung zum Gesetz erhoben werde, weil sie die festeste Grundlage eines reinen Familienlebens, der wirksamste Hebel zur Sittlichung der Gesellschaft ist. An diesem Tage des Gebets und des Friedens gewinnt das Evangelium an Verbreitung, die ganze Woche wird durch die Erinnerung und die Erwartung geheiligt, während der „blau Montag“ der Arbeiter zu dem Verderben der Stadtbevölkerung das Meiste beiträgt. Herr v. Pressensé, der eingeschrieben war, verzichtet auf das Wort. Der Schluß der Debatte wird angenommen, der Antrag des Baron Chaurand mit 292 gegen 251 Stimmen verworfen. Herr Tirard verlangt, daß sein vor etwa 3 Jahren gestellter Antrag, betreffend die Fabrikation von Gold- und Silberwaaren, welche für die Ausfuhr bestimmt sind, endlich zur Verhandlung komme. Er macht die Noth der Arbeiter geltend und nach einem ziemlich lebhaften Wortwechsel findet der Antrag nach dem Gemeindefaßgesetz auf der Tagesordnung Platz.

**Kopenhagen, 8. Juni.** Es machen sich Anzeichen einer nahenden Ministerkrise bemerkbar. „Dagens Nyheder“ theilt aus guter Quelle mit, daß der Finanz-Minister Krieger am 2. d. M. seine Demission eingereicht hat und daß die übrigen Minister ihre Demissionsgesuche wahrscheinlich gleich darauf einreichen werden. Eine definitive Erledigung sehe jedoch kaum vor 8 bis 14 Tagen zu erwarten. „Dagbladet“ schreibt über die Ministerkrise:

„Man hat bereits seit Langem prophezeit, daß die Frage: ob das Ministerium bleiben oder zurücktreten wird, Anfang des Juni monats ihre Lösung finden würde, und dieser Tage hat man sich auch sehr viel mit der Sache beschäftigt. So viel wir wissen, ist die Lösung, welche jedenfalls den Hauptberathungsgegenstand der am Dienstag Abend stattgefundenen Ministerkonferenz bildete, in der That auch nahe bevorstehend. Bis jetzt hat noch kein Mitglied des Ministeriums seine Demission eingereicht, es darf aber als überwiegend wahrscheinlich angesehen werden, daß sämtliche Minister dieselbe entweder Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche eingereicht haben werden.“

Es scheint demnach, daß ein vollständiger Ministerwechsel thatsächlich nahe bevorstehend ist.

**Konstantinopel.** Die „Turquie“ vom 2. Juni schreibt: „Wir erfahren, daß Herr v. Eichmann auf Befehl seiner Regierung der hohen Pforte die Ernennung des Barons Werther als Botschafter Deutschlands in Konstantinopel angezeigt hat. S. M. der Sultan hat mit lebhafter Befriedigung die Wahl des Barons v. Werther angenommen, dessen diplomatische Talente und hervorragende Eigenschaften man kennt.“

**Mexiko, 18. Mai.** Der Altare von Jacobo im Staate Simlva Sennor Castilla hat dem Präfekten seines Distriktes amtlich mitgetheilt, daß er den Jose Maria Bonilla und sein Weib verhaftet, gerichtlich verhört und lebendigen Leibes wegen verübter Hererei verbrannt habe. Das offizielle „Diario“ bestätigt diese Schandthat und fügt bei, daß der Scharfrichter inzwischen genöthigt wurde, ein anderes altes Weib und ihren Sohn wegen des gleichen Vergehens zu verbrennen. (Newyork Herald.)

**Guatemala.** Die Regierung hat dem englischen Konsul Scholfield amtlich erklärt, sie habe das lebhafteste Verlangen, der britischen Regierung und dem in San José gemißhandelten britischen Bizekonsul jede gewünschte Genugthuung zu gewähren und die verlangte Entschädigungssumme auszubahlen. Hierauf bezüglich telegraphirte Konsul Scholfield an Lord Derby nach London: „Der Bizekonsul Herr Magee in San Jose de Guatemala ist vom Kommandanten jenes Hafens, einem geborenen Spanier, welcher sich unglücklicherweise im Dienste der Republik befand, aufs Schmachvollste behandelt worden. Die Regierung, welche Herrn Magee aufs Mithochstvolteste behandelte, bietet vollständige Genugthuung und eine entsprechende Entschädigung. Ich habe, Ihre Billigung voraussetzend, 1000 L. verlangt. — Den Bericht zufolge, welche der letzte Dampfer aus Zentral-Amerika bringt, ist Gonzalez bei seinem Versuche, sich auf die „Arizona“ zu flüchten, nicht tödtlich verwundet worden, er soll vor Gericht gestellt und erschossen werden. Am 18. April sollte das Urtheil abgegeben werden.“

**Lokales und Provinziales.**

**Bosen, 10. Juni.**

**r. Der Verein Boser Lehrere** hielt am 6. d. Mts. eine Versammlung in welcher der Vorsitzende, Mittelschullehrer J. Lehmann, zunächst über die 21. allgemeine deutsche Lehrerversammlung Bericht erstattete. Derselbe hob hervor, daß die Größe der allgemeinen Lehrerversammlungen in sich große Gefahren für eine gedeihliche Berathung und noch mehr für eine zweckentsprechende Beschlußfassung in den zur Verhandlung gestellten Fragen bezeugt. So sehr der Breslauer Diskussionspunkt auch bemüht gewesen sei, ein übermäßiges Anwachsen dieser Versammlung zu verhindern, so sei es ihm doch nicht gelungen, die Zahl der Teilnehmer auf der ursprünglichen in Aussicht genommenen Höhe von nur 2500 zu halten, indem sie die Höhe von fast 3000 Teilnehmern erreicht habe. In einem Augenblicke des Mißverstehens der Fragestellung von Seiten des zweiten Präsidenten habe diese große Versammlung die gar nicht diskutierte Resolution: „Die Schule wird Staatsanstalt“ beschlossen, eine Resolution, welche den Standpunkt der Schule ebenso einseitig aufstufte, als die auf dem Provinzial-Städtetage in Bosen beschlossene: „Die Schule solle Kommunalanstalt mit allen Konsequenzen werden.“ Damit war die Versammlung in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die auf dem hiesigen Provinzial-Städtetage

Anglegenheit des Schulwesens gefaßten Resolu- tionen, eingetreten. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Kommunen unserer Provinz, mit vielleicht einziger Ausnahme der Stadt Posen, bisher ein so geringes Interesse an dem Gedeihen des Schulwesens gezeigt, und so häufig die dem Gebelben selbst geringer Geldmittel abgelehnt hätten, daß die Schule geradezu der Gefahr der Verwurmung ausgelegt werden würde, wenn unter solchen Verhältnissen unter der Verwaltung der Kommunen sie unter längerer Diskussion erklärte schließlich die Versammlung: So lange die Kommunen sich des Volksschulwesens nicht mehr annehmen, als es bis jetzt gechehen, habe jeder Volksschullehrer die drin- gende Pflicht, Bestrebungen entgegen zu wirken, welche das Wohl und Wehe der Volksschule allein in die Hände der Kommunen zu bringen beabsichtigen. Wenn der posener Städtetag das Verhältnis in der Beschränkung des hiesigen städtischen Schulwesens auch für die übrigen Städte der Provinz fordere, so müsse seitens der Lehrer erklärt werden, daß sie jede Beaufsichtigung der Schule, die nicht von Pöda- gen geißt werde, als der Sache schädlich und unwürdig betrachten müßte; daß einem Laien die Schulpflicht nur in dem Maße willig anerkennen werden könne, wenn er sich so eingehend mit dem Schul- wesen beschäftigt und so reformierend auf dasselbe eingewirkt habe, als dies von Seiten des Schuldezerenten der Stadt Posen geschehen sei. Mittel- und Lehrkräfte referirte hierauf über die Lehrmittel- Anstellung auf der 21. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung und über eine Wanderung durch den botanischen Garten in Breslau. Am 28. d. M. soll eine botanische Exkursion nach dem Gorka- See bei Mochin veranstaltet werden.

**Polnische Kongresse.** Auf Veranlassung einiger hiesiger polnischer Schuhmachermeister und Lederhändler findet am 13. Juli in Posen ein Schuhmacherkongreß statt. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig folgende Referate: 1) Ueber den Lederhandel im Allgemeinen; 2) Ueber das Gerberhandwerk hier und im Auslande; 3) Ueber die Lederhandlungen in der Provinz, und über die Ein- und Ausfuhr von Schuhwerk. An dem Kongreß können sämtliche Schuh- macher, wie alle diejenigen, welche sich für dieses Handwerk interessieren, teilnehmen. Der Hauptzweck dieser Versammlung erhellt aus einer vom „Dziennik Boznanski“ gegebenen Erläuterung, in der es heißt: „Da der Lederhandel, wie bekannt, bis in die letzte Zeit nicht ausschließlich in unseren Händen sich befand und das Groß- handelsgeschäft jährlich für 5 Millionen Thaler Leder gebraucht, so wird jeder zugestehen, daß dieser Kongreß von großer Bedeutung zu werden vermag.“ Die Bedeutung liegt darin, daß der Leder- handel den Händen deutscher Nationalität entrunden und auf künst- liche Weise ungeschulter Leute polnischer Zunge in die Hände gespielt werden soll. Bei solcher fortwährenden Beunruhigung des Gewerbes, das man thörichter Weise national anstreifen will, darf man sich über den Mangel an Fortschritten auf den gewerblichen Gebieten in Posen nicht wundern. — In Gnesen findet am 21. und 22. Juni eine Delegirtenversammlung sämtlicher polnischer Hand- werkervereine der Provinz Posen statt. In derselben wird unter anderen über folgende Fragen debattirt werden: über die Errichtung eines Zentral-Handwerkervereins; über die Errichtung von Handels- und Handwerker-genossenschaften, z. B. von Lederhandlungen, Pfand- leihinstituten u. s. w., über die Wahl eines Patrons der Handwerker- Vereine, über eine Reform der technischen Handwerkerprache.

**Verkauf.** Das früher Sachsische Grundstück Wilhelmstraße 16a, bisher den Stenjawski'schen Erben gehörig, ist auf dem gestrigen Subhastationssterm für 39,500 Thlr. von dem Kaufmann G. Bach (auf der Bergstraße) erstanden worden. Der Grundsteuer-Meinertrag des Grundstücks ist mit 2000 Thlr. angegeben.

**Die Wochenmärkte,** welche sonst auf dem Sapiehaplatz und auf der Freischlacht stattfanden, sind für die Zeit vom 8.—15. d. M. von dort verlegt worden, und zwar: der Fleisch- und Fischmarkt von der Freischlacht nach dem Neuen Markt, der Markt vom Sapiehaplatz nach dem Alten Markt und Bernhardenplatz.

**Die k. Luisenschule** hat heute ihren Spaziergang nach dem Schwabende angebeten.

**Internationale Landw. Ausstellung in Bremen.** Die Herren, welche sich für Hopfen interessieren und zu diesem Zwecke die Bremer Ausstellung besuchen, werden sich zu Besprechungen in Bremen vereinigen. Der Commissionsrath Flatau, welcher in Bremen Göthestr. 18 bei Funf Wohnung nimmt, ist bereit, den 13. und 14. Juni des Morgens 7—9 in seiner Wohnung über Näheres Auskunft zu geben.

**S Rawitsch, 9. Juni.** [Bürgermeisterwahl.] Bei der eben vorgenommenen Bürgermeisterwahl ist der Kreisrichter a. D. v. Buch-holz in Grünberg zum Bürgermeister hiesiger Stadt mit 13 gegen 9 Stimmen, die auf seinen Gegenkandidaten Stadtrath Pfuhl hierorts gefallen waren, gewählt worden.

**Sulmierzyce, 8. Juni.** [Ein schlauer Wilddieb.] Folgender Vorfall hat sich am 5. d. in den zwischen Militsch und Sulmierzyce belegenen Forsten ereignet. Ein Förster des Grafen Malzahn- Militsch erappte mit mehreren Gehilfen den Wilddieb R. aus S. als dieser eben einen Rebhock erlegte. Scheinbar in das Unvermeidliche sich fügend, schritt R. als Gefangener neben seinen „Häusern“ her und machte sie durch eine Unterhaltung über gleichgiltige Sachen zu be- schäftigen, als er plötzlich im Gebüsch verschwand. Der unter andern Umständen für ihn gewiß süßen Last eines erlegten Rebhocks, welche ihm diesmal in so unangenehmer Begleitung zentnerschwer sein mochte, entließte er sich im Augenblicke seines Verschwindens. Der Förster und seine treuen Begleiter verfolgten ihn natürlich, nachdem auch sie Schußwaffe, Rod und Stiefeln des Delinquenten, welche letztere sie auf seine Bitten und um ihm seine schwere Bürde leichter zu machen, gutherzig trugen, abgelegt hatten. Nach vergeblicher Mühe des R. habhaft zu werden, kehrten sie ärgerlich zum corpus delicti zurück, aber o weh! auch dies war verschwunden. R. reißt sich vergnügt die Hände und betreibt sein gefährliches Handwerk fleißiger als je.

**Bromberg, 9. Juni.** [Trixine n.] Auf dem Schwedenberge hier selbst und namentlich in Adersdorf (Gorzyskovo) ist eine Reihe von Erkrankungen vorgekommen, deren Symptome ärztlerseits als mit denen der Trixinosie übereinstimmend anerkannt sind, wobei als er- heblich beizufügen ist, daß unter der dort sehr zahlreichen jüdischen Be- wönerung auch nicht ein einziger derartige Erkrankungsfall beobachtet ist. Leider ist es nicht gelungen, den Infektionsherd aus den unbestimmten, schwankenden Angaben der Leute festzustellen; da der Beginn der Erkrankungen vor 10—12 Tagen stattgefunden, so wäre mit höchster Wahrscheinlichkeit das infektiöse Fleisch ohnehin nicht mehr aufzufinden gewesen. Auffallend ist es, daß fast ausschließlich Frauen erkrankt sind und läßt sich dies nur so erklären, daß diese das betreffende Schweine- fleisch — Klopsfleisch — im rohen oder halbgekochten Zustande gekostet haben, während die übrige Familie die völlig durchgekochten Klops ge-essen hat und daher geschützt geblieben ist.

**Schneidemühl, 8. Juni.** [Frohleichnam's-Prozes- sionen Geselliges Gewitter. Postalisches.] In diesem Jahre hatten wir hier zum ersten Male keine öffentlichen Straßen- prozessionen. Es scheint fast, als ob unsere Geselligkeit anfängt, sich den Anforderungen der Zeit zu fügen. — In letzter Zeit geht es in unserer Stadt recht vergnügt zu, da wir an mehreren Abenden der Woche recht hübsche Kon- zerte haben. Den Reigen der Sommerfeste hat am gestrigen Tage „Der Frohmann“ eröffnet. Zum Vergnügungsort war das Dorf Hammer anberufen worden. Abends 11 Uhr kehrte die Gesellschaft wieder zu- rück und zog unter den Klängen der hiesigen Stadtkapelle in unsere „Bühre“ ein. — Am Frohleichnam'sfesten entluden sich über unsere Stadt mehrere schwere Gewitter. Der Regen stößt fast in Strömen herab. Viele Hagelstücke klopften an unsere Scheiben, doch haben sie auf keiner Weise in unserer Gegend keinen Schaden angerichtet. — Das hiesige Postamt hat am Schalter eine Bekanntmachung ausge- hängt, nach welcher von jetzt ab Briefe, Korrespondenzkarten, Kreuz- sendungen zc. nur durch den Briefkasten befördert werden sollen und zwar auch dann, wenn das Publikum die Höhe des zu zah- lenden Portos auf dem Postbureau zu erkragen hat. Zur Bequemlich- keit des Publikums ist deshalb schon vor längerer Zeit dem hiesigen

Kaufmann Kornblum der Verkauf von Freimarken, Korrespondenz- karten zc. übertragen worden.

### Staats- und Volkswirthschaft.

**\*\* Preussische Bank.** Wochen-Ausweis vom 6. Juni 1874.

Aktiva.

1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 237,832,000 + 1,535,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat- Banknoten u. Darlehnskassen- Schecks	= 4,009,000 — 280,000
3. Wechsel-Bestände	= 127,046,000 — 5,236,000
4. Lombard-Bestände	= 20,534,000 — 398,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 5,657,000 + 71,000
Passiva.	
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 270,134,000 — 6,491,000
7. Depositen-Kapitalien	= 31,319,000 — 116,000
8. Guthaben der Staatsklassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Ver- kehrs	= 61,059,000 + 1,724,000

Deckung des Notenumlaufes bis zu 88½ pCt. durch Metall und gleichwertige Kassenscheine, das ist der Stand, auf welchen ein seit langem mit wenigen und bescheidenen Unterbrechungen anhaltend sinkendes Kreditbedürfnis mit dem heute veröffentlichten Abschlusse die Bank gebracht hat. Die letztwöchentlichen Veränderungen registriren allerdings auch eine Vermehrung des Staatsguthabens um fast 1½ Millionen. Aber die außerordentliche Abnahme der Notenzirkulation um rund 6½ Millionen, zu welcher noch eine Steigerung des Baars- schages und des Vorrathes an Kassenscheinen um 1½ Millionen kommt, ist doch in der Hauptsache durch einen gewaltigen Rückgang der Dar- lehen herbeigeführt: Wechsel- und Lombardbestände zeigen eine Wän- derung von 5½ Millionen (5½ + ½) und dagegen ist das Depositen- Konto nur um die verschwindend geringe Summe von 116,000 Thlr. gekunten.

**\*\* Niederschlesischer Kassenverein.** Es liegt in der Absicht einer Anzahl von Aktionären des Niederschlesischen Kassenvereins, unter der Firma: „Industrielle Handels-Gesellschaft“ in Grün- berg ein neues Institut zu gründen, um von dem Niederschlesischen Kassenverein diejenigen lebensfähigen Unternehmungen oder guten Ob- jekte zu erwerben, welche durch Realisation zu einer geigneteren Zeit einen erheblichen Gewinn bieten, und auch sonst der niederschlesischen Industrie einen Ersatz für den liquidirenden Kassenverein zu gewähren. Herr Friedr. Förster erklärt eine Aufforderung an die Aktionäre des Niederschlesischen Kassenvereins, sich durch Abgabe ihrer Aktien und durch Baar-einlagen an dieser Neugründung zu betheiligen.

**\*\* Einnahmen der Oberschlesischen Eisenbahn.** a) Haupt- bahn. Einnahme pr. Mai 1874: 890,099 Thlr. gegen 1873 — 31,793 Thlr. Einnahme bis ultimo Mai 1874: 4,436,816 Thlr., gegen den- selben Zeitraum in 1873 + 434,852 Thlr.

b) Oberschlesische Zweig-Bahn. Einnahme pr. Mai 1874: 15,230 Thlr. gegen 1873 — 1926 Thlr. Einnahme bis ult. Mai 1874 70,093 Thlr. gegen denselben Zeitraum in 1873 — 786 Thlr.

c) Breslau-Glogauer Bahn. Einnahme pr. Mai 1874 204,198 Thaler, gegen 1873 + 7379 Thaler. Einnahme bis ult. Mai 1874 980,439 Thlr. gegen denselben Zeitraum in 1873 + 169,964 Thaler.

d) Stargard-Posener Bahn. Einnahme per Mai 1874 102,521 Thlr. gegen 1873 — 11,998 Thlr. Einnahme bis ult. Mai 1874 499,309 Thlr., gegen denselben Zeitraum in 1873 + 22,804 Thlr.

e) Breslau-Wittelwalde (im Bau begriffen). Einnahme pr. Mai 1874 39,119 Thlr. gegen 1873 — 16,092 Thlr. Einnahme bis ult. Mai 1874 150,837 Thlr. gegen denselben Zeitraum in 1873 + 68,759 Thlr.

**\*\* Breslau, 9. Juni.** Der Wollmarkt ist im Ganzen als beendet zu betrachten, das gestern gemeldete Preisverhältnis blieb unverändert, nur schlecht behandelte Wollen erlitten eine stärkeren Druck. Ueberhaupt geblieben sind etwa 2000 Zentner, die zu hoch im Preise gehalten wurden. Auf den Lagern treffen noch verspätete Zu- fuhren ein und dürfte dort heute noch mancher Posten zum Verkauf gelangen. Für einzelne Wollen wurden 90 bis 100 Thlr., für ein- zeln Parthien sogar bis 130 Thlr. gezahlt. Feine Wollen erzielten 80 bis 90, feine Mittelwollen 68 bis 78, Mittelwollen, 65 bis 68 Thlr.

**\*\* Bremen, 6. Juni.** [Wollbericht.] Das Wocheneschäft beschränkte sich bei schwacher Nachfrage aus dem Inlande auf kleine Umsätze zu bestehenden Preisen. Verkauf wurden 171 Ballen, dar- unter 54 Ballen Buenos Ayres Fabricwäshe, 44 Ballen australische, und 43 Ballen Kap. Der Wochenimport umfaste 213 Bl. australische, 129 Bl. La Plata, 319 Bl. Kap und 68 Bl. dberie, in Allem 729 Ballen.

**\*\* Augsburg, 8. Juni, Abends.** Die Zufuhr zu dem heutigen Wollmarke ist nach offizieller Angabe eine erheblich geringere, als im vorigen Jahre, es hat dem Vernehmen nach an der ausreichenden Arbeiterzahl zum Scheeren der Schafe gefehlt. Die Wäschchen sind zum größten Theile ganz vorzüglich, das Geschäft ist lebhaft und wurden bereits sehr viele Posten verkauft. Die Preise kommen den vorjähri- gen nahe.

— 9. Juni. [Offizieller Bericht.] Auch an dem heutigen Tage war das Geschäft lebhaft. Fast alle gelagerte Wolle ist bereits verkauft und soll größtentheils noch in diesem Monat verhandelt wer- den. Die Tendenz des Marktes war heute eher steigend, und wurden schon gewaschene Wollen 3—5 Gulden theurer verkauft als gestern. Hochfeine Wollen erzielten einen Preis von 125 bis 140 Gulden, Ba- stard-Wolle wurde mit 105 bis 118 bis 125 Gulden, rauhe Bastard mit 95 bis 105 und deutsche Wolle mit 70 bis 95 Gulden bezahlt. — Wenn die Zufuhr auch heute eine lebhaftere war, wird dieselbe im Ganzen doch gegen die vorjährige zurückbleiben. Die Wäschchen waren bei allen zu- geführten Parthien sehr schön.

### Vermischtes.

**\* Curiosum.** Die Redaktion des „Deutshener Beobachter“ an der Oder“ hat sich von einem Spatzvogel durch folgende Depesche läppern lassen, die sie in großen Leitern in ihrer letzten Nummer pu- blizirt: „Soeben ist in Glogau die Nachricht eingetroffen, Prinz Friedrich Carl ist König von Spanien geworden. Die französischen Zeitungen sind hierüber wüthend. Glogau flaggt.“

**\* Juwelen-diebstahl.** Dem Juwelier Herzl in Wien wurden in der Nacht zum Sonnabend eine beträchtliche Menge Pretiosen im Gehammtwerthe von ca. 60,000 Gulden durch Einbruch gestohlen. Schon am folgenden Tage gelang es, die Diebe, drei Italiener, und mit ihnen einen großen Theil des entwendeten Gutes zu erwischen.

**\* Mückfischlos!** In den Straßen-Waggons zu St. Louis sind Anschläge angeheftet, daß unmisslich so lange mit dem Weiterfahren gemartet werden kann, bis die Damen mit ihren Abschieds-klößen fertig sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wajner in Posen.

### Angekommene fremde vom 10. Juni.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Kremser aus Stettin, Reifeler a. Remscheid, Joachim, Frank, Jakobthal, Heiser, Köhler, Haupt und Meyer a. Berlin, Stranz a. Gnesen, Schulz aus Magdeburg, Schnabel a. Breslau, Eichelbaum a. Rönigsberg, die Rittergutsbesitzer Baron von Winterfeld a. Kroyendowo, Cohn aus Berlin, Fabrikant Harbt a. Kenep, Bankier Hirschberg a. Gnesen, Juwelier Kosalowski und Fam. a. Danzig.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Heersch aus

Cöln, Uemann a. Wien, Seltor a. Petersburg, Weichmann a. Ham- burg, Rosenthal a. Krakau, die Gutsbesitzer v. Ruzowski a. Polen, v. Tieselsko a. Morawy, v. Hadyki a. Blawinski, Busse, Doh- lenburg und Markiewicz a. Dacewa.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Kappahn a. Schroda, Wolff Nam a. Borek, Plezner und Cohn a. Berlin, Men- elsohn a. Breslau, Weiß a. Mainz, Jakob Joseph a. Wronke, Inspektor Messel a. Szczepanowo, die Rittergutsbesitzer Mahn aus Lubowice, Haale a. Nied wiady, Zimmermeister Schmidt a. Wollstein, Aff.-Inspektor Baumgardt a. Bromberg.

KELLER'S HOTEL. Die Kaufleute: Holbe a. Berlin, Holbe a. Krossen, Bräuermann a. Plezhen, Kuttner sen. und jun. und Jaffe a. Breschen, Michaelis a. Kozmin, Gebr. Lange a. Mogilno, Hupp a. Trzleno, Schreier a. Wocynn, Gebr. Liebenwalde und Wilde a. Weferitz, Bibo a. Grätz, Sänger aus Inowracław, Viktor aus Schubin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Biebig a. Niemcyyn, Baarth a. Modrye, Fabrikant Pariser a. Luckenwalde, Commerzien-Rath Waldhausen a. Essen, Oberamtmann Jacobi aus Wittkovic, die Kaufleute Kasper und Cohn a. Berlin, Schröder aus Kenep, Heinrichs a. Hamburg, R. Funcke a. Dresden, S. Graumann a. Breslau, Salm a. Eisenach, Goldenring a. Warschau, Rosenwald a. Bamberg, Hypoth.-Bank-Direktor Quandt a. Elblin, Fabrikant Schönfeld a. Greib, Wollhändler Lehmann aus Berlin, Lieutenant v. Arnim a. Potsdam.

### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

**Versailles, 9. Juni.** Die Nationalversammlung setzt die Ver- athung des Municipalgesetzes fort. Nach Ablehnung des Antrages der äußersten Linken, daß eine aus dem Maire und zwei Municipal- rathen bestehende Kommission über Eintragungen und Streichungen in der Wählerliste entscheiden solle, interpellirt der Deputirte Girerd (radikal) das Ministerium über das Schreiben des Zentralkomite's zur Herbeiführung einer allgemeinen Volksabstimmung, welches am 1. Mai bei Veranlassung der Wahlen im Norddepartement veröffent- licht worden sei, um die Wahl Bourguin zu unterstützen. Girerd be- mentirt die Existenz eines geheimen bonapartistischen Vereins. Rouher leugnet die Existenz eines Zentralkomite's, erklärt das Schreiben für unecht und verlangt strenge Untersuchung. Der Minister des Innern verheißt, falls das Komite existire, gründliche Verfolgung desselben. Gambetta greift darauf den Kriegsminister und den Finanzminister als Mitschuldige der Bonapartisten an und richtet gegen letztere hef- tige Schmähungen, erklärt sie für Elende, welche Frankreich vom 2. Dezember bis nach Sedan geführt hätten. Gambetta wird nach seiner Weigerung, die Schmähungsdrücke zurückzunehmen, zur Ordnung ge- rufen. (Stürmische Aufregung.) Rouher erklärt, Gambetta nur Berachtung entgegenzusetzen zu können. Die Sitzung wird hierauf ge- schlossen.

### Strombericht.

(Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)

Neustadt a. W.

4. Juni. 8 Flöbe, Joseph Urbanski, von Konin nach Gletzen, 19 Flöbe, Martin Schüme, von Ungew nach Stettin, 10 Flöbe, Joseph Andrzejewski, von Konin nach Gletzen, sämtlich mit verschiedenen Hölzern;
5. Juni. Bernhard Grochocinski, mit verschiedenen Hölzern von Thurz nach Gletzen;
6. Juni. 26 Flöbe, Ludwig Stanke, mit verschiedenen Hölzern von Bistupice nach Stettin;
7. Juni. 13 Flöbe, Stephan Jaworski, von Konin nach Küstzin, 17 Flöbe, Martin J. Ehlich, von Sieradz nach Stettin sämt- lich mit verschiedenen Hölzern; Kahn l 13159, Christ. Rohut, mit Schwefelsäure von Posen nach Konin;
8. Juni. 9 Flöbe, Stanislaus Koselski von Konin nach Stettin.

### Grabdenkmäler

in Granit, Marmor und Sandstein in größter Auswahl.

### Grabkreuze, Grabgitter

pro Ihd. Fuß schon von 25 Sgr. an,

aus den renomirtesten schlesischen Eisengießereien von bestem Ma- terial und tadellosem Guß, in über hundert verschiedenen Mustern und in den verschiedensten Größen.

### Guß zu Bauten,

als gusseiserne Fenster in hunderten von Mustern, Treppen, Balkongitter, Balkonträger, Consolen, Lustgitter, Garten- möbel, als: Stühle, Bänke, Tische, Postfäße, sowie alle in dieses Fach einschlagenden Artikel. Auch übernehme bei Gittern die komplette Aufstellung einschließlich Maurer- und Steinmetzarbeiten. Muster, Zeichnungen sowie Preiscurant stehen jederzeit zu Dienften.

### H. Klag.

Posen, Breslauerstraße 38.

Gestern Abend 6 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unser innig geliebter Vater, Groß- und Schwiegervater

### Ferdinand Daniel Wolkowik

im 74. Lebensjahre.  
Dies zeigen tiefbetrübt an

### Die Hinterbliebenen.

Die BeerDIGUNG findet Freitag Nachmittag 5 Uhr vom Trauer- hause aus statt.

### Graphische Börsenberichte.

Breslau, 9. Juni, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus 100 Liter 100 pCt. pr. Juni und pr. August-September 23½, pr. September-Oktober 22½. Weizen pr. Juni 90. Roggen pr. Juni 64, pr. Juli-August 59½, pr. September-Oktober 57. Hübl pr. Juni 19½, pr. September-Oktober 20. Zink 6, 27 bez. — Wetter: Schön.

Bremen, 9. Juni. Petro' zum schwach, Standard white loko 10 Markt 75 Pf.

Hamburg, 9. Juni, Nachmittags (Getreidemarkt). Weizen loko still, auf Termine matt. Roggen loko fest, auf Termine fester. Weizen 216-pfd. pr. Juni 1000 Kilo netto 257½ B., 256½ G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 253 B., 252 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 252 B., 251 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 247 B., 246 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 240 B., 238 G. Roggen pr. Juni 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 182 B., 181 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 178 B., 177 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 173 B., 171 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 171 B., 170 G. Safer fest. Gerste still. Hübl matter, loko 59, pr. Oktober 200 Pfd. 61½. Spiritus matt, pr. Juni-Juli 52, pr. Juli-August 53½, pr. August-September 55, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 56. Kaffee fest; Umsatz 7000 Sac. Petroleum matt, Standard white loko 11, 00 B. 10, 35 G., pr. Juni 10, 50 G., pr. August-Dezember 11, 60 G. — Wet- ter: Schmil.

